

**20.033****Strategie der internationalen
Zusammenarbeit 2021–2024****Stratégie de coopération
internationale 2021–2024***Fortsetzung – Suite***CHRONOLOGIE**

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.06.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung von Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit in den Jahren 2021–2024
1. Arrêté fédéral concernant le financement de mesures de promotion de la paix et de la sécurité humaine pour les années 2021–2024*Detailberatung – Discussion par article***Titel und Ingress***Antrag der FK-N/APK-N*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule*Proposition de la CdF-N/CPE-N*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Je vous rappelle que nous allons traiter les propositions des différentes minorités en un seul bloc.

Fischer Roland (GL, LU): Mit unserer Minderheit beantragen wir Ihnen, den Zahlungsrahmen für die internationale Zusammenarbeit zu erhöhen, wobei die finanziellen Mittel schwergewichtig Projekten mit einem Umweltbezug zugutekommen sollen. Die vier Verpflichtungskredite werden so erhöht, dass gemäss heutigen Prognosen im Jahr 2024 die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens erreicht.

Zusätzlich verlangt unsere Minderheit, dass von den erhöhten Krediten für die Entwicklungszusammenarbeit, die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit und die Osthilfe je 30 Prozent für Projekte eingesetzt werden, welche die Artenvielfalt erhalten sowie die Lebensräume und das Klima schützen. Das sind jährlich rund 900 Millionen Franken und somit 500 Millionen Franken mehr, als der Bundesrat im Rahmen seiner Strategie für Projekte mit Umweltbezug zur Verfügung stellen will.

Die Schweiz hat zugesichert, dass sie ihren Beitrag an die öffentliche Entwicklungshilfe sukzessive auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöhen wird. Der Minderheitsantrag nimmt diese Zusicherung auf. Wir würden damit auf ein Niveau kommen, das mit jenem von anderen europäischen Staaten, die eine ähnliche Finanz- und Wirtschaftskraft wie die Schweiz haben, vergleichbar ist; ich denke da an Luxemburg, Norwegen, Schweden, Dänemark oder Grossbritannien.

In den kommenden Jahrzehnten sind die Bewältigung des Klimawandels und der Schutz der Biodiversität die grössten Herausforderungen der Staatengemeinschaft. Das Versagen im Klimaschutz und der Biodiversitätsverlust sowie ihre Folgen sind gemäss Weltwirtschaftsforum die grössten Risiken für die Weltwirtschaft. Der Schutz der Biodiversität und die nachhaltige Nutzung der Lebensräume sind Schlüssel zur Armutsbekämpfung und für die Ernährungssicherheit von entscheidender Bedeutung. Umweltschutz und Armutsbekämpfung



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



gehen Hand in Hand, sie schliessen sich nicht aus. Die Aufforstung von Wäldern ist ein klassisches Beispiel: Sie dient dem Klima, der Artenvielfalt und der Ernährungssicherheit und somit gleichzeitig auch der Armutsbekämpfung.

Ein weiteres Beispiel ist die Verhinderung von Zoonosen, das heisst der Übertragung von Infektionskrankheiten auf den Menschen. Covid-19 ist mit grosser Wahrscheinlichkeit eine solche Krankheit. Zoonosen haben in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Wissenschaftliche Ergebnisse zeigen, dass Zoonosen von Wildtieren die am signifikantesten wachsende globale Gefahr bei übertragbaren Infektionskrankheiten darstellen. Dafür verantwortlich ist nicht zuletzt der Mensch, welcher die Lebensräume von Wildtieren immer weiter zurückdrängt. Die Tiere müssen sich in die verbleibenden Regionen zurückziehen, und die dadurch entstehende Verdichtung von Wildtierpopulationen erhöht das Risiko von Krankheitsübertragungen. Durch das Abholzen und Erschliessen von Wäldern leben Menschen immer näher an den Wildtieren, weshalb die Wahrscheinlichkeit von Übertragungen steigt. Es ist deshalb davon auszugehen, dass der Erhalt von Lebensräumen mit einer reichhaltigen, diversifizierten Population von Wildtieren und die Reduktion von menschlichen Aktivitäten in diesen Regionen das Risiko von Zoonosen reduzieren kann.

Die Aussenpolitische Kommission hat deshalb ein Kommissionspostulat verabschiedet. Es beauftragt den Bundesrat, einen Bericht zu erstellen, in welchem er die Möglichkeiten der Schweiz aufzeigt, Zoonosen einzudämmen und ihre Ursachen zu bekämpfen. Auch für die Bekämpfung von Zoonosen, für den Erhalt von entsprechenden Lebensräumen können diese zusätzlichen Mittel eingesetzt werden.

AB 2020 N 968 / BO 2020 N 968

Ich bitte Sie deshalb, unserem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Arslan Sibel (G, BS): Die Corona-Krise trifft alle, aber nicht alle gleich. In den Industrieländern hat die Pandemie negative Folgen für die Wirtschaft, doch insbesondere in der Schweiz hat der Bund die Möglichkeit, zu helfen. Die Sozialwerke funktionieren, zum Glück. Anders ist es in den Entwicklungsländern. Diese trifft das Virus besonders stark. Die Corona-Massnahmen haben auf die ohnehin unstabile Wirtschaft verheerende Auswirkungen.

Fast zwei Drittel der Weltbevölkerung arbeiten im informellen Sektor, in Subsahara-Afrika sind es über 80 Prozent. Die meisten von ihnen leben von der Hand in den Mund, ohne soziale Absicherung. Zudem wird die weltweite Rezession die Entwicklungsländer noch härter treffen als uns. Die Exporte brechen ein, der Tourismus fällt weg, und die Kapitalflucht hat enorm zugenommen. Die Gefahr ist gross, dass die Entwicklungsländer in ihrem Fortschritt um Jahre zurückgeworfen werden. Die Zahl der extrem Armen wird erstmals seit über zwanzig Jahren wieder ansteigen. Diese negativen Auswirkungen sind ein grosses Risiko für politische Unruhen. Viele Menschen verlieren ihre Lebensgrundlage und werden gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Dennoch heisst es nun von vielen Seiten, die Hilfe für das Ausland habe keine Priorität, die Schweiz brauche jetzt das Geld im eigenen Land. Wir sehen das anders. Gerade wegen der Corona-Krise muss sich die Schweiz noch verstärkt für die Entwicklungszusammenarbeit engagieren.

Mit der Unterzeichnung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat die Schweiz das Versprechen abgegeben, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens als Entwicklungsausgaben zur Verfügung zu stellen. Aktuell sind wir weit davon entfernt. Auch die OECD kritisiert uns dafür, dass wir noch nicht einmal die Quote von 0,5 Prozent erreicht haben. Andere Länder wie zum Beispiel Grossbritannien sind bereits heute bei einer Quote von 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens.

Wie die Agenda 2030 hat die Schweiz ein langfristiges Interesse an einer nachhaltigen Welt, in der Gerechtigkeit, Frieden, Sicherheit und Wohlstand für alle Menschen selbstverständlich sind. Dieses grosse Ziel lässt sich nur mit den entsprechenden finanziellen Mitteln erreichen, und die eingesetzten Mittel erreichen ihre Ziele. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit hat in den letzten Jahrzehnten enorm viel erreicht. In den letzten vier Jahren konnten beispielsweise 16 000 Arbeitsplätze allein für Frauen in Berggebieten geschaffen werden. 8,4 Millionen Menschen wurden in humanitären Krisen unterstützt. Siebzehn Friedensprozesse, unter anderem in Kolumbien und Mosambik, wurden von der Schweiz unterstützt.

Verschiedene Evaluationen stellen der Schweizer internationalen Zusammenarbeit ein gutes Zeugnis aus. Das heisst, die Schweizer internationale Zusammenarbeit zeigt Wirkung. Gleichzeitig besteht nach wie vor ein enormer Bedarf. Noch immer leben fast 10 Prozent der Weltbevölkerung unter der Armutsgrenze. 260 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule, und Millionen von Kindern sterben vor ihrem fünften Geburtstag aufgrund von vermeidbaren Ursachen. Die Probleme haben mit der Corona-Krise noch mehr zugenommen.

In der Aussenpolitischen Kommission wurde betont, dass die Bedürfnisse immer grösser seien als die zur Verfügung gestellten Mittel. Das mag stimmen. Doch die Schweiz steht als eines der stabilsten und reichs-



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



ten Länder, auch nach Corona, in der Verantwortung. Die Coronavirus-Pandemie zeigt einmal mehr, dass internationale Herausforderungen nur auf internationaler Ebene lösbar sind. Deshalb ist eine Erhöhung der Ausgaben der Schweiz für die internationale Zusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens nötiger denn je.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung meines Minderheitsantrages.

Schneider-Schneiter Elisabeth (M-CEB, BL): Der Antrag der Minderheit III (Schneider-Schneiter) entspricht dem Entwurf des Bundesrates und der Mehrheit der Finanzkommission. Leider sprechen wir im Rahmen dieser Strategie viel zu wenig über die Strategie, sondern nur über die Höhe der Finanzmittel, aber nicht darüber, wie das Geld effektiv eingesetzt werden soll. Gesundheitskrise hin oder her, es ist auch immer dieselbe Diskussion: Die Linke möchte immer mehr finanzielle Mittel und die Rechte immer weniger. Aber wir werden ja im Rahmen des Budgets über die jährlichen Mittel beraten, und je nachdem, wie sich das Bruttonationaleinkommen in den vier Jahren dieses Rahmenkredits verändert, passt sich die APD-Quote entsprechend an. Ich bitte Sie deshalb, den Minderheitsantrag III zu unterstützen. Ich spreche gerade noch für die Mitte-Fraktion: Wir unterstützen selbstverständlich diesen Antrag der Minderheit III. Er entspricht der Mehrheit der FK-N und dem Entwurf des Bundesrates.

Zu Artikel 2a besteht eine Minderheit Portmann, die fordert, dass sich die jährlichen Beiträge an der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Schuldenabbau zu orientieren haben und dass die jährlichen Beiträge einen Viertel der vom Bundesrat vorgesehenen Beiträge nicht übersteigen dürfen. Die Mitte-Fraktion unterstützt diesen Minderheitsantrag. Ansonsten lehnen wir sämtliche Anträge ab und orientieren uns am Kreditrahmen des Bundesrates.

Estermann Yvette (V, LU): Unsere Minderheit IV möchte Ihnen eine moderate Einsparung von etwa 10 Prozent beantragen. Warum?

Wie schnell es mit der Krise gehen kann, auch in unserem Land, zeigt sich anhand der Schweizer Erwerbslosenquote im ersten Quartal; sie beträgt 5,1 Prozent. Davon sind Ausländer und Jugendliche am meisten betroffen: Die Erwerbslosenquote von Ausländern ist 9,9 Prozent, bei Schweizerbürgern beträgt sie 3,4 Prozent. Bei der Erwerbslosenquote sind wir im Vergleich zwischen EU- und EFTA-Staaten auf Platz 5 gerutscht, und das ist nur der Anfang. Jede Woche sind wir mit vielen Konkursen, Firmenschliessungen und Entlassungen konfrontiert, und die Verschuldung steigt. Es entstehen Unsicherheiten bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die Leute konsumieren auch weniger, gehen weniger aus. Das spüren wiederum die Restaurants, die Hotels und die Geschäfte.

Grosse und bekannte Firmen, die finanziell gut dastehen, haben sich gleich im Februar und im März überlegt: Was machen wir, wenn das so weitergeht? Sie wussten nicht, wie die Entwicklung voranschreitet. Sie haben beschlossen, ihre Investitionen und auch ihre Projekte zu sistieren, zu stoppen, um gewisse Gelder nicht auszugeben, die man vielleicht später braucht. Das Gleiche erwartet man vom Bundesrat. Der Bundesrat sollte auch überdenken, was wir mit dieser Vorlage machen. Können wir sie noch verantworten? Der Herr Bundesrat hat dargelegt, dass wir das noch können.

Unsere Minderheit IV hat eine andere Meinung. Wir müssen bei einer steigenden Erwerbslosenquote auch berücksichtigen, dass es auch die Sozialwerke trifft. Wir werden oft mit der Aussage konfrontiert: Der Schweiz geht es gut, und wir sind verpflichtet, anderen zu helfen, die viel schlimmere Situationen erleben müssen. Doch wir sind auch für die Schweizer Bevölkerung da. Wir sollten mindestens diese 10 Prozent der Schweizer Bevölkerung zugutekommen lassen.

Wir haben hier im Parlament jahrzehntelang gespart, auch unsere Vorgänger, und das war eher die bürgerliche Seite. Jetzt ist man sehr tolerant, man spricht von Solidarität und möchte diese Gelder sogar noch erhöhen. Wie die Solidarität in Europa funktioniert, haben wir am Anfang der Covid-Krise von unseren sogenannten Freunden in Europa erfahren, die für die Schweiz wichtige medizinische Hilfsmittel, Medizinalprodukte und Medikamente nicht an die Schweizer Bevölkerung ausliefern wollten. Das heisst nur so viel: Wenn die Schweiz etwas braucht, wenn die Schweiz Hilfe braucht, dann sind wir allein.

Damit wir den anderen helfen können, muss es in erster Linie uns gutgehen, das heisst, wir müssen unbedingt Wohlstand in der Schweiz retten, damit wir stark nach aussen agieren und vielen, denen es wirklich schlecht geht, helfen können.

Ja, man geht sehr grosszügig mit den Geldern der Steuerzahler um. Wie solidarisch das Parlament ist, wenn es ums eigene Geld geht, hat der Antrag von Nationalrat Lukas

AB 2020 N 969 / BO 2020 N 969



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Reimann am Anfang der Sondersession vom vergangenen Mai gezeigt. Als wir darauf zu sprechen kamen, zum Wohle der Bevölkerung unser eigenes Geld zu kürzen, waren nur einige dabei. Deshalb bitte ich Sie, die moderate Kürzung um 10 Prozent bei der IZA-Botschaft zu unterstützen.

Guggisberg Lars (V, BE): Was tun Sie, wenn in Ihrem Haushalt das Geld knapp wird? Genau, Sie müssen Prioritäten setzen. Was für einen privaten Haushalt gilt, gilt auch für den Staatshaushalt. Wenn das Geld knapp wird, müssen Prioritäten gesetzt werden. Wir sehen derzeit, inmitten der grössten Krise, die wir alle erlebt haben, keine Priorität darin, in den nächsten vier Jahren 11 Milliarden und 250 Millionen Franken ins Ausland zu schicken. Corona zwingt uns, den Gürtel enger zu schnallen, erst recht in Bereichen, die kaum zur inländischen Wertschöpfung beitragen. Das gilt insbesondere in den ersten vier Jahren nach der Krise.

Die Schweiz ist ein Land mit humanitärer Tradition und hilft Menschen, die an Leib und Leben gefährdet sind. Das soll sie auch bleiben. Unser Minderheitsantrag klammert den Betrag für die humanitäre Hilfe denn auch trotz mehr als prekärer Finanzlage explizit aus. Der Antrag lautet also nicht auf null Franken für die Entwicklungshilfe. Es bleiben 6,7 Milliarden Franken, eine sehr stolze Summe. Die Entwicklungshilfe kann ihren Teil dazu beitragen, Migrationsströme zu verringern, aber nur unter zwei Bedingungen: erstens im Verbund mit konsequenterem Vollzug des Asylrechts, der leider arg zu wünschen übrig lässt, solange die Herkunftsänder nicht bereit sind, Wirtschaftsmigranten, ihre Landsleute, wieder aufzunehmen. Die zweite Bedingung ist, dass die Entwicklungshilfe effizient ist.

Die von unserer Minderheit V beantragte Kürzung bietet diesbezüglich in mancherlei Hinsicht Chancen zu mehr Effizienz und zur Priorisierung, erfolgreiche Projekte weiterzuführen und nicht erfolgreiche Projekte zu beenden. Mehr Effizienz würde auch heissen, dass das Geld letztlich nicht bei pseudodemokratischen Regierungen wie zum Beispiel von Benin, Kongo, Ruanda und Burundi oder in den Overheads von Hilfsorganisationen versickert, sondern bei den Menschen vor Ort ankommt, die es benötigen und wirkungsvoll einsetzen.

So, nun habe ich genug über die anderen gesprochen und möchte auf die Menschen in unserem Land zu sprechen kommen. Jedes Land hilft im Ausland in dem Ausmass, wie es neben der Erfüllung der Aufgaben im eigenen Land möglich ist. Solche Aufgaben gibt es in unserer Schweiz zuhauf, denn auch bei uns hat sich in den ersten Monaten 2020 so manches massiv verändert. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt entscheidende Aufgaben wie zum Beispiel Bildung, Gesundheit, Sicherheit und die soziale Absicherung der ältesten Bevölkerungsteile in unserem Land leiden, während die Entwicklungshilfegelder weiter aufgestockt werden. Die kleinsten KMU sind gezwungen, ihr Budget zu überprüfen und anzupassen. Diese und der Hinterste und Letzte in unserem Land sind dazu gezwungen; der Bundesrat hält das bei sich aber nicht für nötig. Er tut bei der Vorlage des IZA-Rahmenkredits so, als wäre nichts gewesen, bei einem Geschäft, das im September 2019, Monate vor Corona, in der Vernehmlassung war. Seitdem ist die Situation in unserem Land eine andere. Wir können in dieser Jahrhundertkrise nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und so tun, als wäre nichts gewesen.

Der Schuldenstand der Schweiz lag im September unter 100 Milliarden Franken. Ende 2020 haben wir Schulden in der Höhe von rund 140 Milliarden Franken. Wir müssen kurz- und mittelfristig mit Tausenden von Konkursen und Zehntausenden von Arbeitslosen rechnen. Hunderttausende Menschen sind in der Schweiz extrem betroffen von der Pandemie, darunter Kinder, KMU, Selbstständige; es geht um Existzenzen.

Wir können die finanziellen Auswirkungen auf unser Land nicht einfach ignorieren. Wir können nicht so tun, als wäre nichts gewesen. Aber genau das tun Sie, wenn Sie diesen Rahmenkredit, ungeachtet der einschneidenden Vorkommnisse der letzten Monate in unserem Land, abnicken oder gar noch erhöhen. Wir sind es unseren Kindern und nachfolgenden Generationen schuldig, Prioritäten zu setzen und die Corona-Schulden innert nützlicher Frist abzubauen – auch, damit wir für nächste Krisen gewappnet sind.

Wir bitten Sie, unseren Minderheitsantrag zu unterstützen, besten Dank!

Friedl Claudia (S, SG): Ich spreche zu zwei Minderheitsanträgen. Zuerst zu den Krediten: Wir sprechen heute über die Kredite für humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Friedensförderung und menschliche Sicherheit. Die Schweiz leistet, das wird international anerkannt, eine sehr gute Arbeit in all diesen Bereichen. Es gehört zur schweizerischen Tradition, dass wir in diesen Gebieten stark sind. Das ist eben auch im Interesse der Schweiz. Mit unserer globalisierten Wirtschaft sind wir auf eine stabile Welt angewiesen. Wir wollen die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 erreichen, weil auch sie Stabilität bringen. Wir sind auf eine stabile Welt angewiesen.

Es gibt auch neue Herausforderungen; wir haben es heute schon ein paarmal gehört. Es sind dies die Biodiversitätsverluste, der Klimawandel oder jetzt neu Pandemien. Nur gemeinsam sind sie international bewältigbar. Es braucht eine grössere Widerstandsfähigkeit der verschiedenen Gesellschaften gegenüber diesen Heraus-



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



forderungen. Da wollen wir mit unserer Entwicklungszusammenarbeit, mit unserer humanitären Hilfe und mit den Instrumenten der internationalen Zusammenarbeit ansetzen.

Wir werden von der Corona-Krise herausgefordert. Herr Grüter hat vorhin gesagt, dass unsere Verantwortung hier in der Schweiz liege. Ja, Herr Grüter, das stimmt, aber wir können das nicht in der Schweiz alleine lösen. Deshalb haben wir die internationale Zusammenarbeit. Das Parlament hat schon 2011 gefordert, dass man endlich 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens anvisieren müsse, da das ein angemessener Beitrag wäre. Es ist international anerkannt, dass man auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens gehen sollte. Es gibt Länder, wir haben es schon gehört, wie Schweden, Norwegen, Luxemburg oder Grossbritannien, die diesen Wert bereits erreichen oder gar übertreffen. Auch die Schweiz kann das tun.

Nun gibt es aus der Finanzkommission und der APK Anträge, die fordern, dass diese 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis ins Jahr 2024 erreicht werden sollen. Wir wollen das anstreben, Schritt für Schritt, nicht auf einmal, denn auch wir wissen, dass man nicht von null auf ganz viel gehen kann. Man muss vielmehr gute Projekte haben. Deshalb sollten wir schrittweise auf diese 0,7 Prozent gehen, was einem Rahmenkredit von 15,4 Milliarden Franken entsprechen würde. Die Schweiz kann nicht einfach alle Herausforderungen selber bewältigen. Es gibt solche, die wir nur international bewältigen können. Deshalb ist die internationale Zusammenarbeit so wichtig, deshalb sollten wir jetzt den Schritt wagen, auf diese 0,7 Prozent hinzuarbeiten. Der zweite Antrag, den ich vertrete, betrifft den Bundesbeschluss 4, Artikel 1a. Hier geht es um eine Rahmenbedingung zum Instrument der Budgethilfe. Einer der vier thematischen Schwerpunkte in der bundesrätlichen Botschaft ist der Klimawandel. Es gibt immer noch Länder, die in hohem Maße fossile Energieträger subventionieren. Das soll jetzt schrittweise abgebaut werden, weil das für die Klimapolitik total kontraproduktiv ist. Es braucht nachhaltige Lösungen, die von Gas, Öl und Kohle wegführen. Die Formulierung, die ich gewählt habe, ist bewusst offen und verzichtet auf konkrete Auflagen. Es ist mir bewusst, dass ein Zurückfahren der Subventionen für die fossilen Energien nicht von heute auf morgen stattfinden kann. Gerade die arme Bevölkerung wäre davon zu stark betroffen. Aber es soll ein Weg vorgeschlagen oder gemeinsam erarbeitet werden, der in diese Richtung geht. Damit kann ein langfristiger Nutzen der Budgethilfe erreicht werden. Gegen den Klimawandel braucht es konkrete Massnahmen. Die Auswirkungen spüren wir heute schon genug.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Madame Friedl, la plupart des pays africains subventionnent l'essence, sinon les gens, qui sont très pauvres, ne pourraient simplement pas en acheter.

AB 2020 N 970 / BO 2020 N 970

Avec votre proposition, vous empêchez la Suisse de faire des aides budgétaires à de tels Etats. Est-ce que vous pensez que c'est vraiment une très bonne idée?

Friedl Claudia (S, SG): Das ist Ihre Interpretation des Textes. Es geht darum, dass man einen Weg aufzeigt, und man kann auch sagen, dass wir ihn gemeinsam entwickeln. Aber ich glaube, dass es in allen Ländern wichtig ist, dass man den Weg geht. Vielleicht braucht er zehn Jahre, vielleicht braucht er zwanzig Jahre, aber den Weg sollte man heute einschlagen.

Grin Jean-Pierre (V, VD): La stratégie de coopération internationale 2021–2024 telle que présentée par le Conseil fédéral ne tient pas du tout compte de la situation que nous venons de subir en Suisse, ni – surtout – de la situation économique que nous allons vivre les prochaines années. Notre économie vient de subir un arrêt brutal, et pour répondre à cette situation de crise, le Parlement vient d'accepter un supplément au budget 2020 de 31 milliards de francs et des cautionnements à hauteur de 42 milliards de francs, qui – nous l'espérons – ne seront pas tous perdus, mais certains le seront quand même. De plus, avec le ralentissement économique que nous vivons, les recettes de l'impôt fédéral direct et le produit de la TVA vont subir un ralentissement sans précédent de plusieurs milliards de francs par année ces prochains temps.

Et voilà que le Conseil fédéral nous propose un crédit d'ensemble de 11,252 milliards de francs pour ces quatre prochaines années pour la coopération internationale! La minorité que nous venons d'entendre, celle de notre collègue Claudia Friedl, propose même plus: plus de 15 milliards de francs.

Pour une minorité des membres de la Commission des finances, qui doit veiller aux finances fédérales, cela dénote en quelque sorte une certaine irresponsabilité, envers laquelle nous devons réagir en limitant divers montants proposés. La minorité Büchel Roland proposant le renvoi au Conseil fédéral a été rejetée.

Ma minorité quant à elle, vous propose une diminution globale du crédit d'ensemble de 1,116 milliard de francs, ou de 279 millions de francs par an, répartie sur tous les différents postes de la coopération internationale tels que détaillés dans le rapport que vous avez sous les yeux.

Avec le montant global que je propose au nom de la minorité II, la coopération continuera, certes avec une



légère baisse du financement, mais de façon peut-être mieux ciblée et sans véritables conséquences sur le terrain. Car ce n'est pas en augmentant démesurément cette aide, comme le demandent certaines minorités, que l'on réglera les problèmes Nord-Sud. Il vaut mieux en effet cibler les besoins de certaines populations défavorisées.

A Genève et à d'autres endroits en Suisse, vous êtes au courant, des gens font la queue pour obtenir de la nourriture. Dans tout notre pays, plusieurs centaines de milliers de personnes, PME, chômeurs et travailleurs indépendants luttent pour survivre, et le Conseil fédéral nous propose d'augmenter l'aide au développement pour les quatre prochaines années! Il faudrait savoir si nous préférions dépenser plus d'argent à l'étranger plutôt que d'aider les gens dans notre pays.

Les propositions de la minorité II ont pour but de limiter l'aide globale à 10,136 milliards de francs sur quatre ans. C'est déjà beaucoup compte tenu de la situation financière que connaîtra notre pays ces prochaines années! C'est un montant qui permettra d'achever des projets déjà commencés et d'en projeter de nouveaux. Je vous propose donc d'accepter nos propositions, qui rejoignent celles défendues par la minorité IV (Estermann) et qui tiennent compte de ce qu'il est possible de réaliser vu la situation financière que nous connaîtrons ces prochaines années dans notre pays. Elles permettraient peut-être même d'atteindre une part de 0,5 pour cent du PIB allouée à l'aide publique au développement, car le PIB diminuera fortement en 2020.

Badran Jacqueline (S, ZH): "Bei der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Bereich von Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung ist das Recht der öffentlichen Sache zu garantieren." So lautet mein Antrag zur Entwicklungszusammenarbeit. Übersetzt und anders formuliert: Die Schweiz bietet mit Geldern der Entwicklungszusammenarbeit keine Hand für die Privatisierung von essenziellen Gütern, namentlich Wasser und Boden.

Wir reden hier von einer grundsätzlichen Haltung und Weichenstellung – einer sehr grundsätzlichen. Diese Richtlinie, keine Projekte zu unterstützen, die auf eine Privatisierung von Wasser hinauslaufen, ist vor dem Hintergrund, dass die internationale Zusammenarbeit vermehrt auf die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor ausgerichtet werden soll, dringend nötig. Nur damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Die SP hat nichts gegen den Einbezug des privaten Sektors in die Entwicklungszusammenarbeit. Der private Sektor kann, muss aber nicht Teil der Lösung sein.

Nehmen wir Burkina Faso als Beispiel, wo es nebst Edelsteinen auch einen namhaften Baumwollsektor gibt. Eine private Kleiderfabrik mit Unterstützung der DEZA zu bauen, macht Sinn, weil so Wertschöpfung im Land aufgebaut wird sowie Arbeitsplätze und Kaufkraft geschaffen werden. Nur: Das passiert nicht, weil die Rohstoffhändler Baumwolle handeln, nicht T-Shirts. Die Entwicklungsländer sollen reine Rohstofflieferanten sein, und die Wertschöpfung soll in die höher entwickelten Länder transferiert werden.

Der Antrag richtet sich sodann auch nicht generell gegen die Kooperation mit dem Privatsektor, sondern nur dann, wenn es um Grundgüter geht, namentlich bei Wasserprivatisierungsprojekten von Nestlé. Mit Nestlé hat die DEZA ein Memorandum of Understanding unterschrieben, das die APK nie zu Gesicht bekommen hat. Zwölf Jahre lang hat der neue Vizedirektor der DEZA als Cheflobbyist von Nestlé gearbeitet. Unter Beteiligung der Multis Nestlé, Pepsico und Coca-Cola lobbyiert die 2030 Water Resource Group beim WEF aktiv für die WEF Water Initiative; dies mit dem Ziel, den Sektor öffentlicher Güter zu privatisieren. Das ist das Gegenteil von Entwicklungszusammenarbeit. Das ist ein Schritt hin zu einer antibürgerlichen Neofeudalisierung. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten in der Schweiz eine Wasserprivatisierungs-Initiative. Fortan müssten wir den modernen Wasservögten jedes Mal, wenn wir den Wasserhahn aufdrehen, einen Zehnten abgeben. So eine Initiative würde mit 80 Prozent abgelehnt. Und nun wollen wir das Gleiche Afrika zumuten?

Sie mögen einwenden, dass dort die Staaten unfähig sind, den Zugang zu sauberem Wasser sicherzustellen. Das mag stimmen; dann zeigen wir ihnen, wie es geht. "Wenn du helfen willst, gib den Menschen keinen Fisch, sondern gib ihnen eine Angel zum Fischen", heißt es so schön. Genau auf solche Public-Public-Partnerships und nicht auf Public-Private-Partnerships ist nämlich die Schweiz erwiesenmassen spezialisiert, zum Beispiel, indem wir vielen Ländern erfolgreich Aufforstungs-Know-how vermittelt haben.

Sie mögen einwenden, dass die Länder kein Geld zum Investieren haben. Mit Verlaub, das ist Unsinn, Wasser ist immer ein lukratives Geschäft, in das sich eine Investition immer und nur lohnt, denn Wasser muss zwangskonsumiert werden. Muss man auf dem Wasser einem privaten gewinnorientierten Konzern noch Gewinne finanzieren, ist das das Gegenteil von Kaufkraft schaffen, sondern das ist Kaufkraft vernichten. Das ist Entwicklungshilfe für Nestlé und nicht für die dortige Bevölkerung. Das ist ein Stück Ausbeutung mehr statt weniger. Das kann niemals das Ziel unserer Entwicklungszusammenarbeit sein. Was auf den ersten Blick gut klingt, verkehrt sich in sein Gegenteil.

Besinnen Sie sich darauf, was die Schweiz gross und erfolgreich gemacht hat: Die Grundgüter wurden alle



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



und ausschliesslich im Volksvermögen aufgebaut. Dies soll auch in anderen Ländern als Vorbild dienen. Konzentrieren wir uns in der Entwicklungszusammenarbeit, auch in Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor, auf die Schaffung von Kaufkraft in den Zielländern statt auf deren Abschöpfung.

AB 2020 N 971 / BO 2020 N 971

Da mein Antrag zu meiner grossen Enttäuschung keine Mehrheit findet, ziehe ich ihn aus psychohygienischen Gründen zurück.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Ich habe Ihnen vorhin als Sprecher der Kommission zum Antrag Portmann bei Artikel 2a gesagt, dass eine knappe Mehrheit von 13 Stimmen diesen ablehnt. Die protokollierte Begründung war unter anderem auch, es sei ein Sparantrag durch die Hintertür. Nun spreche ich also nicht für die Kommission, sondern für die Minderheit. Eine grosse Minderheit von 12 Stimmen will hier die Augen vor den durch die Covid-19-Krise verursachten finanziellen Herausforderungen und unserer damit zusammenhängenden politischen Verantwortung nicht verschliessen. Wir haben auch da eine politische Verantwortung.

Was will dieser Antrag in der Umsetzung? Wenn wir entschieden haben, welcher Rahmenkredit es sein soll, dann wird der Bundesrat aufgrund dieses Rahmenkredits für die nächsten vier Jahre einen Finanzplan machen; Sie sehen das auch in der Botschaft auf Seite 56. Aufgrund des Finanzplans wird der Bundesrat uns dann jährlich über das Budget die sogenannten Zahlungskredite beantragen. Hier geht es nun darum, dass der Bundesrat in seiner Budgetierung eben die wirtschaftliche Entwicklung mitberücksichtigt. Das heisst, wenn wir einen Wirtschaftsrückgang von 2, 3 Prozent haben, soll er diese Zahlungskredite auch nach unten anpassen; haben wir eine Wirtschaftsentwicklung nach oben, dann kann er die Zahlungskredite in diesem Rahmen nach oben anpassen. Das gibt dem Bundesrat zum einen eine Planungssicherheit. Zum andern und vor allem – jetzt schaue ich auf die linke Seite – wissen Sie alle, dass die IZA-Kredite das Instrument sind, das bei der Budgetierung immer am meisten leiden muss. Hier hat der Bundesrat zumindest vom Parlament in der Botschaft eben eine Opfersymmetrie drin, dass es nur im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung sein soll.

Weiter: Damit wir dann auch Schulden abbauen können, soll aber in den Jahren, in denen die wirtschaftliche Entwicklung höher als ein Viertel des Finanzplans wäre, dort plafoniert werden.

Nun, wir werden hier sagen können, dass auch mit diesem Antrag die von Ihnen angestrebte APD-Quote von 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens erreicht werden kann. Nach unten begrenzt dieser Antrag in etwa bei 0,48 Prozent, nach oben in etwa bei 0,51 Prozent. Alle anderen Anträge, die hier erhöhen wollen, gehen von einer bis zu 23 Prozent höheren APD/BNE-Quote aus, als wir heute haben.

Ich schliesse ab: Wir haben eine gesetzliche Verpflichtung, Schulden, Neuverschuldungen abzubauen. Wir müssen das über die Schuldenbremse und Budgetkürzungen tun. Der Gesetzgeber sieht hier sechs Jahre vor. Wenn wir nichts machen, werden wir für den Abbau dieser Neuschulden, die dieses und nächstes Jahr anfallen, einschliesslich aller Projekte, die wir noch in der Pipeline haben, sechzig Jahre brauchen. Das ist verantwortungslos. Der Gesetzgeber hat die sechs Jahre hineingeschrieben, weil er will, dass in anderthalb Legislaturen eben noch die gleichen Leute, die das Debakel hier drin veranstaltet haben, es auch verantworten und versuchen müssen, da wieder herauszukommen. Das wollte der Gesetzgeber und nicht, dass wir über sechzig Jahre hinweg dieses Debakel unseren anderen Generationen zuschieben.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem vernünftigen Antrag zuzustimmen.

Köppel Roger (V, ZH): Eine Mehrheit unserer Kommission gedenkt, die Zahlungen ans Ausland unter dem Titel der Entwicklungshilfe massiv zu erhöhen. Die SVP-Fraktion, für die ich hier spreche, beantragt Ihnen, diese Erhöhungen zurückzuweisen. Zwei Überlegungen sind für uns ausschlaggebend:

Erstens ist die Schweiz von 2019 nicht die Schweiz von 2020. Als die vorliegenden Rahmenkredite geplant wurden, ging es der Schweiz gut. Die Wirtschaft lief auf Hochtouren, der Export blühte, die Beschäftigungslage war zufriedenstellend. Das Coronavirus und der vom Bundesrat verfügte Lockdown haben nun allerdings das wirtschaftliche Fundament unseres Landes brutal erschüttert. Da sind rekordhohe Milliardenausgaben für die Entwicklungshilfe, bengalisch beleuchtet mit dem hochmoralischen Begriff "Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit", ganz einfach aus der Zeit gefallen.

Ich rufe Ihnen in Erinnerung: Wir haben unsere Volkswirtschaft wegen Covid-19 soeben um etwa 100 Milliarden Franken geschwächt. Wir haben unsere Bundesschulden innert kürzester Zeit verdoppelt. Das Bruttoinlandprodukt wie auch das Bruttoinlandeinkommen brechen derzeit regelrecht ein. Wir hatten im Mai eine Zunahme der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat von 54 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahresmonat sogar um 77 Prozent gestiegen. Ab September, wenn die Kurzarbeit endet, werden unzählige Menschen in der Schweiz arbeitslos.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Angesichts dieser Situation ist es schlicht nicht vertretbar, gemäss dem Entwurf des Bundesrates und dem Antrag der Minderheit III (Schneider-Schneiter) 11,25 Milliarden Franken, darunter zusätzlich zu den Kohäsionszahlungen mehr als 1 Milliarde Franken zugunsten des europäischen Ostens, ins Ausland zu verschenken, vom Antrag der Mehrheit der APK bzw. dem Antrag Molina und den Anträgen der Minderheiten II (Arslan) und I (Friedl Claudia), die noch viel mehr Geld verschieben wollen, ganz zu schweigen.

Zweitens haben wir grundsätzliche Einwände. Die SVP-Fraktion ist für Not- und Katastrophenhilfe, auch und gerade an die ärmsten Länder. Wir stehen felsenfest hinter dem Schweizerischen Roten Kreuz, diesem grossartigen Monument der gelebten Weltverbesserung. Wir sind aber aus tiefer Überzeugung gegen die Entwicklungshilfe. Entwicklungshilfe bedeutet, dass reichere Länder ärmeren Ländern Geld geben in der Hoffnung, die Armen dadurch reicher zu machen. Die Erfahrung lehrt aber seit Jahrzehnten das Gegenteil. Würde Umverteilung Reichtum schaffen, wären heute Süditalien und Afrika die reichsten Gegenden der Welt. Alle Studien zeigen allerdings: Nicht Umverteilung, nicht Entwicklungshilfe, sondern Marktwirtschaft schafft Wohlstand.

Seit 1980 ist die weltweite Armut ausserhalb Afrikas um rund 80 Prozent zurückgegangen. Grund ist nicht die Wohltätigkeit der Industriestaaten, sondern die Ausbreitung der Marktwirtschaft. Interessanterweise sind die Staaten Afrikas, die mit am meisten Entwicklungshilfe erhalten haben, längst von Ländern wie Vietnam oder Südkorea überholt worden, die wenig oder gar keine Entwicklungshilfe erhalten haben. Entwicklungshilfe ist Ausdruck eines überholten Denkens. Sie geht von der irrgen Annahme aus, dass man den armen Ländern hilft, wenn man ihnen Geld gibt. Stattdessen schafft Entwicklungshilfe Abhängigkeiten und Korruption. Schon vor Jahren schrieb die hochangesehene afrikanische Entwicklungsökonomin Dambisa Moyo in ihrem internationalen Bestseller: "Die Idee, dass Entwicklungshilfe systemische Armut beseitigen kann, ist falsch, ein Märchen. Millionen Afrikaner sind heute ärmer wegen Entwicklungshilfe. Elend und Armut sind nicht beseitigt, sondern haben sich verschärft." Wenn wir Afrika wirklich helfen wollen, sollten wir die Kraft haben, Afrika sich selbst zu überlassen, damit Afrika sich selbst helfen kann.

Ich ersuche Sie deshalb, den Minderheitsanträgen Guggisberg zuzustimmen. Diese verlangen 50 Prozent Reduktion bei den Rahmenkrediten, wobei die humanitäre Hilfe ausgenommen ist. Alles andere lässt sich heute weder vor der schweizerischen Bevölkerung noch angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse über Entwicklungshilfe rechtfertigen.

Nussbaumer Eric (S, BL): Die SP-Fraktion empfiehlt Ihnen, dem Antrag der Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission zu folgen. Es wäre aber ohne Zweifel noch besser und unserem Land würdiger, die Zielgrösse der UNO-Konferenz aus dem Jahr 2002 zu übernehmen und die öffentlichen Entwicklungshilfegelder auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens anzuheben.

Dass die Schweiz, dass unser Land nach so vielen Jahren sich diesen Zielen nicht schrittweise nähert, ist für den Bundesrat beschämend und für viele Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht nachvollziehbar. Wenn die Welt

AB 2020 N 972 / BO 2020 N 972

fortwährend ein Gefälle zwischen wirtschaftlich entwickelten und wirtschaftlich kaum entwickelten Ländern kennt, dann kann man auf der Basis der Menschlichkeit nur für den vermehrten Ausgleich einstehen. Da kann die Schweiz dank bester Anerkennung in der internationalen Zusammenarbeit mehr leisten, und das Streben nach globalem wirtschaftlichem Ausgleich und Stärkung der menschlichen Sicherheit ist auch im eigenen Interesse.

Das weiss der Bundesrat alles, aber er weigert sich geradezu, die Quote für die öffentliche Entwicklungshilfe auf die im UNO-Kontext beschlossenen Zielwerte anzuheben. Darum hat auch unser Parlament dieses Versäumnis des Bundesrates bereits mehrmals diskutiert. Im Jahre 2011 haben wir unsere Regierung aufgefordert, im Minimum den Zielwert von 0,5 Prozent nicht zu unterschreiten. Diese Zielgrösse wurde dann im Jahre 2017 wieder in diesem Parlament infrage gestellt, aber die Mehrheit hat erneut die minimale Zielgrösse von 0,5 Prozent bestätigt.

Der Auftrag des Parlamentes an den Bundesrat und die völkerrechtliche Verpflichtung sind also mehr als klar. Die Quote muss mindestens 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens betragen, und sie muss sich schrittweise dem Zielwert von 0,7 Prozent annähern. Es ist nicht gut, geschätzter Herr Bundesrat, dass Sie diesen Zielwert von 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens explizit und erläuternd unterschreiten.

Die Mehrheit Ihrer APK bewegt sich demgegenüber exakt in diesem Bereich. Natürlich ist uns klar, dass die APD-Quote nicht ex ante verwendet werden kann. Das Bruttonationaleinkommen ist nicht im Voraus bekannt. Aber da wir uns auch in anderen Bereichen des staatlichen Handelns an Prognosen halten, ist es auch hier richtig, die besten Prognosen als Basis zu nehmen und dann den Rahmenkredit entsprechend dem parlamen-



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



tarisch vorgegebenen Zielwert festzulegen. Das ist das Kernanliegen der APK-Mehrheit, die wir vorbehaltlos unterstützen.

Einzelne Mitglieder dieses Rates haben mir in den letzten Tagen gesagt: Weisst du, es ist genug Geld ausgegeben – fertig jetzt, wir müssen sparen! Kollege Portmann will sogar noch die Schulden, die in der Covid-19-Krise entstanden sind, mit diesem Rahmenkredit verbinden. Das ist nach unserer Ansicht absurd. Die Unabhängigkeit der Schweiz wird nicht bewahrt, indem man in der Welt die Ungleichheit mitverantwortet und die eigene Mitverantwortung zurücknimmt.

Mit den Krediten zur internationalen Zusammenarbeit leisten wir das, was wir zu leisten vermögen, weil wir darauf angewiesen sind, dass Friede und Gerechtigkeit in dieser Welt konkretisiert werden. Das Zurückfahren der globalen Verantwortung auf die Perspektive des eigenen Geldbeutels ist nicht sachgerecht und vor allem nicht im eigenen Interesse.

Daher bitten wir Sie entsprechend unserem eigenen Parlamentsauftrag, der in der letzten Legislatur erneut bestätigt wurde, der Mehrheit der APK-N zu folgen. Im Vergleich zum bundesrätlichen Entwurf überwindet dieser Antrag die Knausrigkeit, die sich in den bundesrätlichen Zahlenspielereien von 0,41 Prozent und 0,46 Prozent manifestiert.

Wenn ich jetzt noch Zeit gehabt hätte, hätte ich mich auch noch gerne mit den radikalen SVP-Anträgen, mit Ausnahme von Kollege Grin, auseinandergesetzt. Aber das lasse ich jetzt sein, weil sie sich nicht an den Grundsätzen unserer Verfassung orientieren. Das ist für eine Oppositionspartei nachvollziehbar, für eine Regierungspartei ist es aber ein Armutszeugnis.

de la Reussille Denis (G, NE): Le groupe des Verts soutient la stratégie de coopération internationale 2021–2024, tout en formulant un certain nombre de critiques et de propositions. Comme vous l'avez déjà entendu, nous soutenons même une augmentation des moyens pour arriver à l'objectif de 0,7 pour cent du revenu national brut consacré à l'aide publique au développement.

Dès lors, en toute logique, nous rejeterons les propositions de minorité II (Grin), III et V (Guggisberg), qui n'ont en réalité qu'un seul but, affaiblir les moyens alloués à la coopération internationale. Ces minorités font ainsi preuve d'une indifférence coupable et d'un égoïsme d'un autre âge.

Contrairement au groupe UDC, notre groupe est persuadé que la solidarité internationale est indispensable. Comme je l'ai déjà dit lors du débat d'entrée en matière, maintenir une coopération internationale forte est dans l'intérêt de notre pays. Dès lors, nous suivrons les minorités II (Arslan) et I (Friedl Claudia) en étant persuadés que l'objectif de 0,7 pour cent est atteignable rapidement, et ceci à l'instar de nombreux pays comme la Suède, la Norvège et le Royaume-Uni.

En résumé, le groupe des Verts soutiendra les propositions d'amélioration et rejettéra toutes les propositions d'affaiblissement des moyens mis à disposition de la coopération internationale.

Arslan Sibel (G, BS): Wir haben es nun heute mehrmals gehört: Die Corona-Krise ruft uns in Erinnerung, dass wir in einer globalisierten Welt davon abhängig sind, was anderswo passiert. Es kann und darf uns also nicht egal sein, was in anderen Teilen der Welt geschieht – aus Solidarität, aber auch aus Schweizer Eigeninteresse. Deshalb ist die internationale Zusammenarbeit der Schweiz sehr, sehr wichtig. Doch der Erfolg hängt von den dafür eingesetzten Mitteln ab.

Die Forderung der Grünen besteht seit Langem, dass die Schweiz mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzt. Schlussendlich nützt uns nämlich die beste Strategie nichts, wenn wir nicht genug Mittel haben, diese umzusetzen. Zudem wird die aufgrund der Corona-Krise weltweite Rezession die Entwicklungsländer noch härter treffen als uns. Die Gefahr ist gross, dass diese Länder in ihrem Fortschritt um Jahre zurückgeworfen werden. Die Zahl der extrem Armen wird erstmals seit über zwanzig Jahren wieder ansteigen. Damit steigt – es wurde vorhin erwähnt – auch das Risiko für politische Unruhen, Flucht und Migration.

Die Schweiz leistet gute Arbeit in der internationalen Zusammenarbeit und muss diese fortsetzen und ausbauen können. Deshalb unterstützt die grüne Fraktion die Minderheitsanträge Arslan und Friedl Claudia. Die Kürzungsanträge der Minderheiten Grin und Guggisberg lehnen wir ab.

Zu den inhaltlichen Abstimmungen: Die Minderheit Portmann betreffend die Orientierung an der wirtschaftlichen Entwicklung lehnen wir ab. Es ist nicht nötig, diesen Zusatz in die Bundesbeschlüsse zu schreiben. Auch die Minderheit Guggisberg, welche die Kapitalerhöhung der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank kompensieren will, lehnen wir ab. Hingegen unterstützen wir die Minderheit Friedl Claudia, welche fordert, dass Budgethilfe nicht an Staaten bezahlt wird, welche Subventionen für fossile Energieträger ausrichten.

Der letzte Punkt, den ich noch erwähnen möchte, hat nicht direkt mit der IZA-Strategie zu tun, jedoch mit der



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Frage, weshalb sich die Schweiz in der internationalen Zusammenarbeit engagieren muss. Das ist aufgrund der fehlenden Politikkohärenz so. Die von der Schweiz ermöglichte Steuer- und Kapitalflucht, die fehlenden Regeln betreffend die Unternehmensverantwortung und Waffenexporte sowie die bis anhin mutlose Klimapolitik haben verheerende Auswirkungen für die ärmsten Länder. Viele dieser Punkte sind bereits in Angriff genommen und verbessert worden. Es ist aber immer noch dringend nötig, die fehlende Politikkohärenz zu verbessern, wie dies die Agenda 2030 fordert.

Da dies aber heute und morgen voraussichtlich nicht passieren wird, soll sich die Schweiz zumindest angemessen in der internationalen Zusammenarbeit engagieren. Ich habe es vorhin schon erwähnt: Das ist kein Luxus, sondern eine notwendige Investition in die Zukunft und ein Solidaritätsakt.

Giacometti Anna (RL, GR): Nur ganz kurz: Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt die Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 und lehnt eine Erhöhung oder Kürzung der Rahmenkredite ab. Bei Artikel 1 Absatz 1 unterstützt die FDP-Liberale Fraktion entsprechend die Minderheit III (Schneider-Schneiter), gemäss Bundesrat, und bei Artikel 2a die Minderheit Portmann.

Die FDP-Liberale Fraktion wird dem Geschäft in der Gesamtabstimmung zustimmen.

AB 2020 N 973 / BO 2020 N 973

Moser Tiana Angelina (GL, ZH): Wir Grünliberalen wollen eine starke internationale Zusammenarbeit. Die Schweiz ist eine absolute Globalisierungsgewinnerin, wir zählen zu den reichsten Ländern der Welt. Für uns ist es deshalb selbstverständlich, dass wir nicht nur einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut und zur Linderung von Not leisten, sondern uns auch an der Bewältigung von globalen Krisen und Herausforderungen beteiligen. Verantwortung und Solidarität sind dabei wichtige Wegweiser, aber nicht nur. Unser Engagement liegt auch in unserem ureigenen Interesse. Die grossen Herausforderungen unserer Zeit, wie der Klimawandel, Migration, Konflikte oder, wie uns aktuell vor Augen geführt wird, gesundheitspolitische Krisen wie Pandemien, haben globalen Charakter. Das gilt auch für ihre Lösungen.

Es ist entsprechend wichtig, dass, wie es die Botschaft des Bundesrates auch vorsieht, sowohl die Entwicklungszusammenarbeit wie auch die humanitäre Hilfe und die Friedensförderung mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden. Die Bewältigung der globalen ökologischen Herausforderungen steht für uns Grünliberale dabei besonders im Fokus und verlangt ein verstärktes Engagement. Der Klimawandel und der Biodiversitätsverlust betreffen direkt die Lebensgrundlagen in den Partnerländern, aber auch die unseren. Das Versagen im Klimaschutz und der Biodiversitätsverlust sowie ihre Folgen sind zudem gemäss Weltwirtschaftsforum die grössten Risiken für die Weltwirtschaft.

Für uns Grünliberale ist es deshalb entscheidend, dass sich auch die internationale Zusammenarbeit des Bundes stärker darauf ausrichtet. Der Bereich Klima stellt in der vorliegenden Botschaft einen thematischen Schwerpunkt dar und hat auch einen Mittelzuwachs erfahren, was wir sehr begrüssen. Nachhaltigkeit und Umweltschutz umfassen aber mehr als nur das Klima. Gerade zur Bekämpfung des Biodiversitätsverlustes braucht es ein grösseres Engagement. Diesem Anliegen trägt der Antrag der Minderheit Fischer Roland Rechnung. Bei der Festlegung der Mittel werden wir Grünliberalen uns an unseren internationalen Verpflichtungen orientieren. Die Schweiz hat sich zum UNO-Millenniumsziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bekannt. Erreicht haben wir dieses Ziel bei Weitem nicht. Unser Beitrag lag stets plus/minus bei 0,4 Prozent. Auch im internationalen Vergleich ist unser Engagement nicht gerade herausragend.

Die Schweiz hat eine ausgeprägte Exportwirtschaft und ist eine absolute Globalisierungsgewinnerin. Unser Wohlstand basiert zu einem wesentlichen Teil auf dem Aussenhandel. Wir wollen deshalb auch ein entsprechendes internationales Engagement. Die Grünliberalen haben folglich 2011 die Erhöhung der Mittel auf 0,5 Prozent bis 2015 unterstützt, was, wohlgemerkt, bis heute nicht erreicht wurde. Wir wollen mittel- und langfristig das Ziel von 0,7 Prozent erreichen und uns somit, eingebettet in die internationale Staatengemeinschaft, an der Lösung der globalen Probleme angemessen beteiligen. Eine Kürzung der Mittel lehnen wir entschieden ab. Sie wäre gerade in der aktuellen Krisensituation keine gute Aussage.

Ausser bei der Minderheit Friedl Claudia werden wir bei allen anderen Anträgen der Mehrheit folgen. Es ist richtig, dass bei Budgethilfen auch Rahmenbedingungen festgehalten werden, gerade in Bezug auf den Klimawandel. Der Antrag ist sehr offen formuliert und geht für uns in die richtige Richtung.

Cassis Ignazio, conseiller fédéral: Je vous remercie pour cette discussion dans laquelle tous les thèmes évoqués en commission ont été abordés. Le Conseil fédéral vous invite à rejeter toutes les propositions de minorité, à une exception près, à savoir celles de la minorité III (Schneider-Schneiter) de la Commission de politique extérieure, qui correspondent à celles de la majorité de la Commission des finances.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Le Conseil fédéral estime que son projet contient la flexibilité nécessaire – cette flexibilité est suffisante pour faire face aux crises, cela a été démontré dans le contexte de la crise sanitaire – et qu'il est suffisamment respectueux de l'équilibre budgétaire pour faire face aux quatre prochaines années.

La majorité de la CPE-N désire augmenter les crédits d'engagement pour atteindre un taux d'aide publique au développement de 0,5 pour cent d'ici 2024. Je peux vous dire la chose suivante. Lorsque le Conseil fédéral soumet au Parlement des crédits budgétaires, il prend en compte dans ses réflexions la valeur cible de 0,5 pour cent que vous, le Parlement, avez décidée en 2011. Toutefois, les incertitudes dues à la crise du Covid-19 rendent les prévisions du produit intérieur brut et du ratio de l'aide publique au développement particulièrement peu fiables. Je vous ai dit qu'après la correction faite par le SECO fin avril, nous en sommes déjà, avec le montant de 11,25 milliards de francs, à 0,48 pour cent. La prochaine estimation sera faite dans quelques jours, et peut-être qu'on dépassera encore ce pourcentage selon l'estimation du produit intérieur brut.

Le taux est calculé, vous le savez, *ex-post* – plusieurs personnes l'ont rappelé –, en se basant sur les dépenses effectives. Il ne constitue donc pas un instrument de pilotage et, a fortiori, encore moins dans la situation actuelle d'incertitude.

C'est pour cette raison que le Conseil fédéral vous propose de rejeter aussi la proposition de la majorité de la commission et de suivre la minorité III (Schneider-Schneiter), qui propose de maintenir le projet du Conseil fédéral, ce qui est, pour le Conseil fédéral, la bonne voie médiane à suivre pour financer les quatre prochaines années.

Art. 1

Antrag der Mehrheit FK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-N

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Bendahan, Brélaz, Dandrès, Fischer Roland, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 353 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit II FK-N

(Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 232 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit III FK-N

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 129 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Mehrheit APK-N

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 263 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I APK-N

(Fischer Roland, Moser)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 353 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit II APK-N

(Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Fischer Roland, Friedl Claudia, Walder)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 353 Millionen Franken bewilligt.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Antrag der Minderheit III APK-N

(Schneider-Schneiter, Giacometti, Markwalder, Pfister Gerhard, Portmann, Wehrli)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV APK-N

(Estermann, Aebi Andreas, Büchel Roland, Guggisberg, Köppel, Nidegger)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 232 Millionen Franken bewilligt.

AB 2020 N 974 / BO 2020 N 974

Antrag der Minderheit V APK-N

(Guggisberg, Büchel Roland, Estermann, Köppel, Nidegger)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 129 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit APK-N

(Badran Jacqueline, Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Friedl Claudia, Molina, Nussbaumer, Walder)

Abs. 4

Bei der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Bereich von Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung ist das Recht der öffentlichen Sache zu garantieren.

Art. 1

Proposition de la majorité CdF-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-N

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Bendahan, Brélaz, Dandrès, Fischer Roland, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

AI. 1

Un crédit-cadre d'un montant de 353 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-N

(Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

AI. 1

Un crédit-cadre d'un montant de 232 millions de francs ...

Proposition de la minorité III CdF-N

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

AI. 1

Un crédit-cadre d'un montant de 129 millions de francs ...

Proposition de la majorité CPE-N

AI. 1

Un crédit-cadre d'un montant de 263 millions de francs ...

AI. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CPE-N

(Fischer Roland, Moser)

AI. 1

Un crédit-cadre d'un montant de 353 millions de francs ...



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Proposition de la minorité II CPE-N

(Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Fischer Roland, Friedl Claudia, Walder)

Al. 1

Un crédit-cadre d'un montant de 353 millions de francs ...

Proposition de la minorité III CPE-N

(Schneider-Schneiter, Giacometti, Markwalder, Pfister Gerhard, Portmann, Wehrli)

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV CPE-N

(Estermann, Aebi Andreas, Büchel Roland, Guggisberg, Köppel, Nidegger)

Al. 1

Un crédit-cadre d'un montant de 232 millions de francs ...

Proposition de la minorité V CPE-N

(Guggisberg, Büchel Roland, Estermann, Köppel, Nidegger)

Al. 1

Un crédit-cadre d'un montant de 129 millions de francs ...

Proposition de la minorité CPE-N

(Badran Jacqueline, Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Friedl Claudia, Molina, Nussbaumer, Walder)

Al. 4

En cas de coopération avec d'autres organisations dans le secteur des biens et prestations du service universel, le droit des biens publics doit être garanti.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): A l'article 1 alinéa 1, il y a plusieurs propositions de minorité de la Commission de finances et de la Commission de politique extérieure. Certaines de ces propositions sont identiques. Les propositions se réfèrent au montant du crédit-cadre et valent également pour les arrêtés fédéraux 2, 3 et 4. Les différentes propositions de minorité seront opposées en termes de montant, du montant le plus élevé au montant le plus bas.

Abs. 1 – Al. 1

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 20.033/20625)

Für den Antrag der Minderheit I FK-N/Minderheit II APK-N ... 122 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I APK-N ... 25 Stimmen

(41 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 20.033/20627)

Für den Antrag der Mehrheit APK-N ... 89 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I FK-N/Minderheit II APK-N ... 83 Stimmen

(21 Enthaltungen)

Dritte Abstimmung – Troisième vote

(namentlich – nominatif; 20.033/20628)

Für den Antrag der Mehrheit FK-N/Minderheit III APK-N ... 103 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit APK-N ... 89 Stimmen

(1 Enthaltung)

Vierte Abstimmung – Quatrième vote

(namentlich – nominatif; 20.033/20629)

Für den Antrag der Mehrheit FK-N/Minderheit III APK-N ... 139 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II FK-N/Minderheit IV APK-N ... 53 Stimmen

(1 Enthaltung)



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • 11th Session • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Fünfte Abstimmung – Cinquième vote

(namentlich – nominatif; 20.033/20630)

Für den Antrag der Mehrheit FK-N/Minderheit III APK-N ... 140 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III FK-N/Minderheit V APK-N ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): La proposition de la minorité de la CPE-N (Badran) visant un nouvel alinéa 4 a été retirée.

L'article 1 ainsi décidé est soumis au vote selon la règle sur le frein aux dépenses. Le vote vaut également pour les articles 1 des arrêtés fédéraux 2, 3 et 4.

Art. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.033/20626)

Für Annahme der Ausgabe ... 141 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

AB 2020 N 975 / BO 2020 N 975

Art. 2

Antrag der FK-N/APK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la CdF-N/CPE-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2a

Antrag der Minderheit APK-N

(Portmann, Büchel Roland, Estermann, Giacometti, Guggisberg, Hess Erich, Köppel, Markwalder, Nidegger, Pfister Gerhard, Schneider-Schneiter, Wehrli)

Die Festlegung der jährlichen Beiträge durch den Bundesrat orientiert sich an der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Abbaupfad der Covid-19-bedingten Schulden. Der Maximalbetrag beläuft sich pro Jahr auf einen Viertel der vom Bundesrat gestützt auf den Rahmenkredit gemäss Artikel 1 festgelegten Zahlungskredite.

Art. 2a

Proposition de la minorité CPE-N

(Portmann, Büchel Roland, Estermann, Giacometti, Guggisberg, Hess Erich, Köppel, Markwalder, Nidegger, Pfister Gerhard, Schneider-Schneiter, Wehrli)

Pour fixer les contributions annuelles, le Conseil fédéral se fonde sur le développement économique et sur la stratégie de réduction du déficit résultant des dettes dues au Covid-19. Le montant maximal par an s'élève à un quart des crédits de paiement fixés par le Conseil fédéral sur la base du crédit-cadre visé à l'article 1.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le vote vaut également pour les articles 2a des arrêtés fédéraux 2, 3 et 4.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.033/20632)

Für den Antrag der Minderheit APK-N ... 100 Stimmen

Dagegen ... 88 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Art. 3

Antrag der FK-N/APK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la CdF-N/CPE-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.033/20633)

Für Annahme des Entwurfes ... 138 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

2. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit in den Staaten Osteuropa in den Jahren 2021–2024

2. Arrêté fédéral concernant le financement de la coopération au développement dans les Etats d'Europe de l'Est pour les années 2021–2024

Titel und Ingress

Antrag der FK-N/APK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la CdF-N/CPE-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit FK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-N

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Bendahan, Brélaz, Dandrès, Fischer Roland, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 1403 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit II FK-N

(Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 923 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit III FK-N

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 512,5 Millionen Franken bewilligt.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • 11te Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Antrag der Mehrheit APK-N

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 1047 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I APK-N

(Fischer Roland, Moser)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 1403 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 4

Vom Rahmenkredit sind 421 Millionen für Projekte und Programme im Umweltbereich bestimmt.

Antrag der Minderheit II APK-N

(Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Fischer Roland, Friedl Claudia, Walder)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 1403 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit III APK-N

(Schneider-Schneiter, Giacometti, Markwalder, Pfister Gerhard, Portmann, Wehrli)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV APK-N

(Estermann, Aebi Andreas, Büchel Roland, Guggisberg, Köppel, Nidegger)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 923 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit V APK-N

(Guggisberg, Büchel Roland, Estermann, Köppel, Nidegger)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 512,5 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit APK-N

(Badran Jacqueline, Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Friedl Claudia, Molina, Nussbaumer, Walder)

Abs. 5

Bei der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Bereich von Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung ist das Recht der öffentlichen Sache zu garantieren.

Art. 1

Proposition de la majorité CdF-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-N

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Bendahan, Brélaz, Dandrès, Fischer Roland, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

AI. 1

Un crédit-cadre de 1403 millions de francs ...

AB 2020 N 976 / BO 2020 N 976

Proposition de la minorité II CdF-N

(Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

AI. 1

Un crédit-cadre de 923 millions de francs ...



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • 11te Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Proposition de la minorité III CdF -N

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

Al. 1

Un crédit-cadre de 512,5 millions de francs ...

Proposition de la majorité CPE-N

Al. 1

Un crédit-cadre de 1047 millions de francs ...

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CPE-N

(Fischer Roland, Moser)

Al. 1

Un crédit-cadre de 1403 millions de francs ...

Al. 4

Sur ce crédit-cadre, 421 millions de francs sont alloués à des projets et programmes dans le domaine de l'environnement.

Proposition de la minorité II CPE-N

(Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Fischer Roland, Friedl Claudia, Walder)

Al. 1

Un crédit-cadre de 1403 millions de francs ...

Proposition de la minorité III CPE-N

(Schneider-Schneiter, Giacometti, Markwalder, Pfister Gerhard, Portmann, Wehrli)

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV CPE-N

(Estermann, Aebi Andreas, Büchel Roland, Guggisberg, Köppel, Nidegger)

Al. 1

Un crédit-cadre de 923 millions de francs ...

Proposition de la minorité V CPE-N

(Guggisberg, Büchel Roland, Estermann, Köppel, Nidegger)

Al. 1

Un crédit-cadre de 512,5 millions de francs ...

Proposition de la minorité CPE-N

(Badran Jacqueline, Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Friedl Claudia, Molina, Nussbaumer, Walder)

Al. 5

En cas de coopération avec d'autres organisations dans le secteur des biens et prestations du service universel, le droit des biens publics doit être garanti.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous nous sommes déjà prononcés sur les propositions des différentes minorités à l'article 1 alinéa 1 de l'arrêté fédéral 1. La proposition de la minorité de la CPE-N (Badran) pour un nouvel alinéa 5 a été retirée. Le frein aux dépenses a déjà été levé.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit FK-N/Minderheit III APK-N

Adopté selon la proposition de la majorité CdF-N/minorité III CPE-N

Art. 2

Antrag der FK-N/APK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Proposition de la CdF-N/CPE-N
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2a

Antrag der Minderheit APK-N

(Portmann, Büchel Roland, Estermann, Giacometti, Guggisberg, Hess Erich, Köppel, Markwalder, Nidegger, Pfister Gerhard, Schneider-Schneiter, Wehrli)

Die Festlegung der jährlichen Beiträge durch den Bundesrat orientiert sich an der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Abbaupfad der Covid-19-bedingten Schulden. Der Maximalbetrag beläuft sich pro Jahr auf einen Viertel der vom Bundesrat gestützt auf den Rahmenkredit gemäss Artikel 1 festgelegten Zahlungskredite.

Art. 2a

Proposition de la minorité CPE-N

(Portmann, Büchel Roland, Estermann, Giacometti, Guggisberg, Hess Erich, Köppel, Markwalder, Nidegger, Pfister Gerhard, Schneider-Schneiter, Wehrli)

Pour fixer les contributions annuelles, le Conseil fédéral se fonde sur le développement économique et sur la stratégie de réduction du déficit résultant des dettes dues au Covid-19. Le montant maximal par an s'élève à un quart des crédits de paiement fixés par le Conseil fédéral sur la base du crédit-cadre visé à l'article 1.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous nous sommes déjà prononcés sur la proposition de la minorité de la CPE-N (Portmann) à l'arrêté fédéral 1.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit APK-N

Adopté selon la proposition de la minorité CPE-N

Art. 3

Antrag der FK-N/APK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la CdF-N/CPE-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.033/20634)

Für Annahme des Entwurfes ... 139 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

3. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe in den Jahren 2021–2024

3. Arrêté fédéral concernant le financement de la coopération au développement et de l'aide humanitaire pour les années 2021–2024

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der FK-N/APK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • 11th Session • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Titre et préambule

Proposition de la CdF-N/CPE-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit FK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-N

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Bendahan, Brélaz, Dandrès, Fischer Roland, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Abs. 1

... ein Gesamtkredit von 12 026 Millionen Franken bewilligt.

AB 2020 N 977 / BO 2020 N 977

Abs. 2

...

a. Rahmenkredit 9089

b. Rahmenkredit Humanitäre Hilfe 2937

Antrag der Minderheit II FK-N

(Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

Abs. 1

... ein Gesamtkredit von 7912 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 2

...

a. Rahmenkredit 5980

b. Rahmenkredit Humanitäre Hilfe 1932

Antrag der Minderheit III FK-NGZ

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

Abs. 1

... ein Gesamtkredit von 5464 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 2

...

a. Rahmenkredit 3319

b. ...

Antrag der Mehrheit APK-N

Abs. 1

... ein Gesamtkredit von 8970 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 2

...

a. Rahmenkredit Entwicklungszusammenarbeit 6779

b. Rahmenkredit Humanitäre Hilfe 2191

Abs. 3–5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I APK-N

(Fischer Roland, Moser)

Abs. 1

... ein Gesamtkredit von 12 026 Millionen Franken bewilligt.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Abs. 2

- ...
- a. Rahmenkredit Entwicklungszusammenarbeit 9089
 - b. Rahmenkredit Humanitäre Hilfe 2937

Abs. 5

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit kann in der Periode 2021–2024 zwischen den beiden Rahmenkrediten Verschiebungen in der Höhe von höchstens 160 Millionen Franken vornehmen.

Abs. 6

Vom Rahmenkredit Entwicklungszusammenarbeit sind 2727 Millionen Franken für Projekte und Programme im Umweltbereich bestimmt.

Antrag der Minderheit II APK-N

(Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Fischer Roland, Friedl Claudia, Walder)

Abs. 1

- ... ein Gesamtkredit von 12 026 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 2

- ...
- a. Rahmenkredit Entwicklungszusammenarbeit 9089
 - b. Rahmenkredit Humanitäre Hilfe 2937

Antrag der Minderheit III APK-N

(Schneider-Schneiter, Giacometti, Markwalder, Pfister Gerhard, Portmann, Wehrli)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

- ...
- a. Rahmenkredit Entwicklungszusammenarbeit 6638
 - b. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV APK-N

(Estermann, Aebi Andreas, Büchel Roland, Guggisberg, Köppel, Nidegger)

Abs. 1

- ... ein Gesamtkredit von 7912 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 2

- ...
- a. Rahmenkredit Entwicklungszusammenarbeit 5980
 - b. Rahmenkredit Humanitäre Hilfe 1932

Antrag der Minderheit V APK-N

(Guggisberg, Büchel Roland, Estermann, Köppel, Nidegger)

Abs. 1

- ... ein Gesamtkredit von 5464 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 2

- ...
- a. Rahmenkredit Entwicklungszusammenarbeit 3319
 - b. ...

Antrag der Minderheit APK-N

(Badran Jacqueline, Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Friedl Claudia, Molina, Nussbaumer, Walder)

Abs. 7

Bei der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Bereich von Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung ist das Recht der öffentlichen Sache zu garantieren.

Art. 1

Proposition de la majorité CdF-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral



AMTLLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • 11te Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Proposition de la minorité I CdF-N

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Bendahan, Brélaz, Dandrès, Fischer Roland, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

AI. 1

Un crédit d'ensemble de 12 026 millions de francs ...

AI. 2

...

a. crédit-cadre coopération au développement 9089

b. crédit-cadre aide humanitaire 2937

Proposition de la minorité II CdF-N

(Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

AI. 1

Un crédit d'ensemble de 7912 millions de francs ...

AI. 2

...

a. crédit-cadre coopération au développement 5980

b. crédit-cadre aide humanitaire 1932

Proposition de la minorité III CdF-N

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

AI. 1

Un crédit d'ensemble de 5464 millions de francs ...

AI. 2

...

a. crédit-cadre coopération au développement 3319

b. ...

Proposition de la majorité CPE-N

AI. 1

Un crédit d'ensemble de 8970 millions de francs ...

AI. 2

...

a. crédit-cadre coopération au développement 6779

b. crédit-cadre aide humanitaire 2191

AI. 3–5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CPE-N

(Fischer Roland, Moser)

AI. 1

Un crédit d'ensemble de 12 026 millions de francs ...

AB 2020 N 978 / BO 2020 N 978

AI. 2

...

a. crédit-cadre coopération au développement 9089

b. crédit-cadre aide humanitaire 2937

AI. 5

Au cours de la période allant de 2021 à 2024, la Direction du développement et de la coopération peut procéder à des transferts entre les deux crédits-cadres à hauteur de 160 millions de francs au maximum.

AI. 6

Sur le crédit-cadre coopération au développement, 2727 millions de francs sont alloués à des projets et programmes dans le domaine de l'environnement.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • 11te Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Proposition de la minorité II CPE-N

(Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Fischer Roland, Friedl Claudia, Walder)

Al. 1

Un crédit d'ensemble de 12 026 millions de francs ...

Al. 2

...

a. crédit-cadre coopération au développement 9089

b. crédit-cadre aide humanitaire 2937

Proposition de la minorité III CPE-N

(Schneider-Schneiter, Giacometti, Markwalder, Pfister Gerhard, Portmann, Wehrli)

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

...

a. crédit-cadre coopération au développement 6638

b. Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV CPE-N

(Estermann, Aebi Andreas, Büchel Roland, Guggisberg, Köppel, Nidegger)

Al. 1

Un crédit d'ensemble de 7912 millions de francs ...

Al. 2

...

a. crédit-cadre coopération au développement 5980

b. crédit-cadre aide humanitaire 1932

Proposition de la minorité V CPE-N

(Guggisberg, Büchel Roland, Estermann, Köppel, Nidegger)

Al. 1

Un crédit d'ensemble de 5464 millions de francs ...

Al. 2

...

a. crédit-cadre coopération au développement 3319

b. ...

Proposition de la minorité CPE-N

(Badran Jacqueline, Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Friedl Claudia, Molina, Nussbaumer, Walder)

Al. 7

En cas de coopération avec d'autres organisations dans le secteur des biens et prestations du service universel, le droit des biens publics doit être garanti.

Abs. 1, 2, 5, 6 – Al. 1, 2, 5, 6

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous nous sommes déjà prononcés sur les propositions des différentes minorités à l'arrêté fédéral 1. La proposition de la minorité de la CPE-N (Badran) visant un nouvel alinéa 7 a été retirée. Nous avons déjà levé le frein aux dépenses.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit FK-N/Minderheit III APK-N
Adopté selon la proposition de la majorité CdF-N/minorité III CPE-N*

Art. 2

Antrag der FK-N/APK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • 11th Session • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Proposition de la CdF-N/CPE-N
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2a

Antrag der Minderheit APK-N

(Portmann, Büchel Roland, Estermann, Giacometti, Guggisberg, Hess Erich, Köppel, Markwalder, Nidegger, Pfister Gerhard, Schneider-Schneiter, Wehrli)

Die Festlegung der jährlichen Beiträge durch den Bundesrat orientiert sich an der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Abbaupfad der Covid-19-bedingten Schulden. Der Maximalbetrag beläuft sich pro Jahr auf einen Viertel der vom Bundesrat gestützt auf den Rahmenkredit gemäss Artikel 1 festgelegten Zahlungskredite.

Art. 2a

Proposition de la minorité CPE-N

(Portmann, Büchel Roland, Estermann, Giacometti, Guggisberg, Hess Erich, Köppel, Markwalder, Nidegger, Pfister Gerhard, Schneider-Schneiter, Wehrli)

Pour fixer les contributions annuelles, le Conseil fédéral se fonde sur le développement économique et sur la stratégie de réduction du déficit résultant des dettes dues au Covid-19. Le montant maximal par an s'élève à un quart des crédits de paiement fixés par le Conseil fédéral sur la base du crédit-cadre visé à l'article 1.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous nous sommes déjà prononcés sur la proposition de la minorité de la CPE-N (Portmann) à l'arrêté fédéral 1.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit APK-N

Adopté selon la proposition de la minorité CPE-N

Art. 2b

Antrag der Minderheit FK-N

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

Die im Rahmen der Schweizer Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Weltbankgruppe und der Afrikanischen Entwicklungsbank in den Jahren 2021–2024 eingegangenen Verpflichtungen werden im Gesamtkredit zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe respektive im Rahmenkredit Entwicklungszusammenarbeit kompensiert.

Antrag der Minderheit APK-N

(Guggisberg, Büchel Roland, Estermann, Hess Erich, Köppel, Nidegger)

Die im Rahmen der Schweizer Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Weltbankgruppe und der Afrikanischen Entwicklungsbank in den Jahren 2021–2024 eingegangenen Verpflichtungen werden im Gesamtkredit zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe respektive im Rahmenkredit Entwicklungszusammenarbeit kompensiert.

Art. 2b

Proposition de la minorité CdF-N

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

Les engagements pris dans le cadre de la participation suisse à l'augmentation de capital du Groupe de la Banque mondiale et de la Banque africaine de développement pour les années 2021 à 2024 sont compensés dans le crédit d'ensemble visant à financer la coopération au développement et l'aide humanitaire, en l'occurrence dans le crédit-cadre Coopération au développement.

AB 2020 N 979 / BO 2020 N 979

Proposition de la minorité CPE-N

(Guggisberg, Büchel Roland, Estermann, Hess Erich, Köppel, Nidegger)

Les engagements pris dans le cadre de la participation suisse à l'augmentation de capital du Groupe de la Banque mondiale et de la Banque africaine de développement pour les années 2021 à 2024 sont compensés



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



dans le crédit d'ensemble visant à financer la coopération au développement et l'aide humanitaire, en l'occurrence dans le crédit-cadre Coopération au développement.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.033/20635)

Für den Antrag der Minderheit FK-N/APK-N ... 53 Stimmen

Dagegen ... 139 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 3

Antrag der FK-N/APK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la CdF-N/CPE-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.033/20636)

Für Annahme des Entwurfes ... 139 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

4. Bundesbeschluss über die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 2021–2024

4. Arrêté fédéral concernant le financement de la coopération économique au développement pour les années 2021–2024

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der FK-N/APK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la CdF-N/CPE-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit FK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-N

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Bendahan, Brélaz, Dandrès, Fischer Roland, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 1624 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit II FK-N

(Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 1068 Millionen Franken bewilligt.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Antrag der Minderheit III FK-N

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 593 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Mehrheit APK-N

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 1211 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I APK-N

(Fischer Roland, Moser)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 1624 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 4

Vom Rahmenkredit sind 487 Millionen für Projekte und Programme im Umweltbereich bestimmt.

Antrag der Minderheit II APK-N

(Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Fischer Roland, Friedl Claudia, Walder)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 1624 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit III APK-N

(Schneider-Schneiter, Giacometti, Markwalder, Pfister Gerhard, Portmann, Wehrli)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV APK-N

(Estermann, Aebi Andreas, Büchel Roland, Guggisberg, Köppel, Nidegger)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 1068 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit V APK-N

(Guggisberg, Büchel Roland, Estermann, Köppel, Nidegger)

Abs. 1

... ein Rahmenkredit von 593 Millionen Franken bewilligt.

Antrag der Minderheit APK-N

(Badran Jacqueline, Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Friedl Claudia, Molina, Nussbaumer, Walder)

Abs. 5

Bei der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Bereich von Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung ist das Recht der öffentlichen Sache zu garantieren.

Art. 1

Proposition de la majorité CdF-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-N

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Bendahan, Brélaz, Dandrès, Fischer Roland, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

AI. 1

Un crédit-cadre de 1624 millions de francs ...



AMTLLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • 11te Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Proposition de la minorité II CdF-N

(Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

AI. 1

Un crédit-cadre de 1068 millions de francs ...

Proposition de la minorité III CdF-N

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

AI. 1

Un crédit-cadre de 593 millions de francs ...

Proposition de la majorité CPE-N

AI. 1

Un crédit-cadre de 1211 millions de francs ...

AI. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2020 N 980 / BO 2020 N 980

Proposition de la minorité I CPE-N

(Fischer Roland, Moser)

AI. 1

Un crédit-cadre de 1624 millions de francs ...

AI. 4

Sur ce crédit-cadre, 487 millions de francs sont alloués à des projets et programmes dans le domaine de l'environnement.

Proposition de la minorité II CPE-N

(Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Fischer Roland, Friedl Claudia, Walder)

AI. 1

Un crédit-cadre de 1624 millions de francs ...

Proposition de la minorité III CPE-N

(Schneider-Schneiter, Giacometti, Markwalder, Pfister Gerhard, Portmann, Wehrli)

AI. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV CPE-N

(Estermann, Aebi Andreas, Büchel Roland, Guggisberg, Köppel, Nidegger)

AI. 1

Un crédit-cadre de 1068 millions de francs ...

Proposition de la minorité V CPE-N

(Guggisberg, Büchel Roland, Estermann, Köppel, Nidegger)

AI. 1

Un crédit-cadre de 593 millions de francs ...

Proposition de la minorité CPE-N

(Badran Jacqueline, Arslan, Badertscher, Crottaz, de la Reussille, Friedl Claudia, Molina, Nussbaumer, Walder)

AI. 5

En cas de coopération avec d'autres organisations dans le secteur des biens et prestations du service universel, le droit des biens publics doit être garanti.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous nous sommes déjà prononcés sur les propositions des différentes minorités à l'arrêté fédéral 1. La proposition de la minorité de la CPE-N (Badran) visant un nouvel



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • 11te Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



alinéa 5 a été retirée. Nous avons déjà levé le frein aux dépenses.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit FK-N/Minderheit III APK-N
Adopté selon la proposition de la majorité CdF-N/minorité III CPE-N*

Art. 1a

Antrag der Minderheit APK-N

(Friedl Claudia, Arslan, Badertscher, Badran Jacqueline, Crottaz, de la Reussille, Fischer Roland, Molina, Nussbaumer, Walder)

Budgethilfe an Staaten, welche Subventionen für fossile Energieträger ausschütten und keinen glaubwürdigen Plan haben, wie sie ihre Subventionen senken werden, ist ausgeschlossen.

Art. 1a

Proposition de la minorité CPE-N

(Friedl Claudia, Arslan, Badertscher, Badran Jacqueline, Crottaz, de la Reussille, Fischer Roland, Molina, Nussbaumer, Walder)

Le versement d'une aide budgétaire à des Etats accordant des subventions pour la production d'énergies fossiles et ne disposant d'aucun plan crédible visant à réduire ces subventions est exclu.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.033/20637)

Für den Antrag der Minderheit APK-N ... 83 Stimmen

Dagegen ... 109 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 2

Antrag der FK-N/APK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la CdF-N/CPE-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2a

Antrag der Minderheit APK-N

(Portmann, Büchel Roland, Estermann, Giacometti, Guggisberg, Hess Erich, Köppel, Markwalder, Nidegger, Pfister Gerhard, Schneider-Schneiter, Wehrli)

Die Festlegung der jährlichen Beiträge durch den Bundesrat orientiert sich an der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Abbaupfad der Covid-19-bedingten Schulden. Der Maximalbetrag beläuft sich pro Jahr auf einen Viertel der vom Bundesrat gestützt auf den Rahmenkredit gemäss Artikel 1 festgelegten Zahlungskredite.

Art. 2a

Proposition de la minorité CPE-N

(Portmann, Büchel Roland, Estermann, Giacometti, Guggisberg, Hess Erich, Köppel, Markwalder, Nidegger, Pfister Gerhard, Schneider-Schneiter, Wehrli)

Pour fixer les contributions annuelles, le Conseil fédéral se fonde sur le développement économique et sur la stratégie de réduction du déficit résultant des dettes dues au Covid-19. Le montant maximal par an s'élève à un quart des crédits de paiement fixés par le Conseil fédéral sur la base du crédit-cadre visé à l'article 1.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous nous sommes déjà prononcés sur la proposition de la minorité de la CPE-N (Portmann) à l'arrêté fédéral 1.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit APK-N

Adopté selon la proposition de la minorité CPE-N



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2020 • Elfte Sitzung • 15.06.20 • 14h30 • 20.033
Conseil national • Session d'été 2020 • Onzième séance • 15.06.20 • 14h30 • 20.033



Art. 3

Antrag der FK-N/APK-N

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la CdF-N/CPE-N

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.033/20638)

Für Annahme des Entwurfes ... 139 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäß Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

Schluss der Sitzung um 19.20 Uhr

La séance est levée à 19 h 20

AB 2020 N 981 / BO 2020 N 981

